Sozialdemokratische
Gewerkschafter:innen
in der Arbeiterkammer Wien

Antrag Nr. 6

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 186. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 3. November 2026

Arbeitsmarkt: Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen

Der österreichische Arbeitsmarkt steht unter erheblichem Druck. Seit mehr als drei Jahren steigende Arbeitslosigkeit, zunehmende Langzeitbeschäftigungslosigkeit und die besonders schwierige Situation älterer Arbeitsuchender, von Frauen und jungen Menschen zeigen: Es braucht jetzt entschlossenes Handeln damit sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig entspannt. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik kann Menschen qualifizieren, unterstützen und ihre Chancen auf Beschäftigung verbessern – sie kann aber nur sehr eingeschränkt zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Dafür braucht es vor allem eine aktive, planende Wirtschafts- und Industriepolitik, die Investitionen ermöglicht, Arbeit sichert und neue Arbeitsplätze schafft. Auch die Bewältigung der Klimakrise bietet eine große Chance, die es im Sinne eines sozialen und ökologischen Umbaus für nachhaltige Beschäftigung zu nutzen gilt.

Gleichzeitig müssen Unternehmen einen viel stärkeren Beitrag leisten, um die Lage am Arbeitsmarkt zu verbessern. Es braucht eine Veränderung von Rekrutierungspraktiken und den Abbau von Diskriminierung. Ältere Menschen, Frauen, Menschen mit Migrationsbiografie und andere bislang unzureichend genutzte Potenziale dürfen seitens der Unternehmen nicht einfach aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden. Die beschlossene Senkung der Lohnnebenkosten muss daher tatsächlich zu mehr Beschäftigung und einer höheren Lebensqualität von Arbeitnehmer:innen beitragen. Zudem müssen die Betriebe auch stärker an den Kosten, die sie aufgrund des Zwischenparkens ihrer Beschäftigten in der Arbeitslosenversicherung verursachen, beteiligt werden. Das ist kein Entgegenkommen der Wirtschaft, sondern eine Frage der Fairness: Unternehmen tragen Verantwortung für gute Arbeitsplätze und müssen Beschäftigte gerade im Umbau einbinden und ihre Mitbestimmung stärken.

Es braucht jetzt eine Arbeitsmarktpolitik, die Menschen nicht zurücklässt, Unternehmen stärker in die Verantwortung nimmt und gemeinsam mit einer vorausschauenden Wirtschafts- und Industriepolitik gute, sichere und zukunftsfähige Arbeit schafft.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher die Bundesregierung auf, folgende Forderungen umzusetzen:

- Die unter Bundesminister Kocher erfolgte Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für Unternehmen zurücknehmen und den AlV-Beitrag für Betriebe wieder auf 3 % des Bruttoeinkommens anpassen.
- Beiträge der Unternehmen in den Insolvenz-Entgelt-Fonds wieder – auf mindestens 0.2 % vom Bruttolohn – anpassen.
- Keine AMS-Förderungen und auch keine Dienstleistungen des AMS wie Beratungen und Arbeitskräftevermittlung für Unternehmen, die systematisch Arbeitsrechte verletzen.
- Eine verpflichtende Meldung aller offenen Stellen beim AMS als Voraussetzung für AMS-Förderungen von Betrieben und spezielle Dienstleistungen wie Personalvorauswahlen oder Jobbörsen einführen.

- Prüfung des effektiven Einsatzes von Lohnsubventionen: Wenn Betriebe eine Eingliederungsbeihilfe des AMS bekommen, die Personen aber nach dem Auslaufen der Förderung nicht weiterbeschäftigt werden, sind entsprechende Sanktionen zu setzen.
- Sanktionsmodell gegen Zwischenparken in der Arbeitslosenversicherung mit einer Kostenbeteiligung der Unternehmen. Dazu gehört insbesondere die Einführung einer Auflösungsabgabe für Unternehmen zur Senkung der durch das so genannte Zwischenparken verursachten Kosten in der Arbeitslosenversicherung.
- „Bonus-Malus-System“, bzw System der Kostenbeteiligung für Älterenbeschäftigung: Betriebe finanziell in die Pflicht nehmen, um deren Personalpolitik an die demographische Realität anzupassen.
- Maßnahmen gegen diskriminierendes Verhalten der Unternehmen beim Recruiting verstärken. Unternehmen müssten Gründe für eine Ablehnung dokumentieren, damit juristisch gegen etwaige Diskriminierungen vorgegangen werden kann.

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☒